

## DONNERSTAGSKOLUMNE

Lieber Christian, das Bundesverfassungsgericht wird im Eilverfahren am 12. September entscheiden, ob es das supranationale Finanzkartell für Deutschland vorläufig zulässt oder nicht. Es sind drei verschiedene Entscheidungen möglich: Ja. Oder Nein. Oder die Verpflichtung an die Regierung, die völkerrechtliche Ratifizierung nur mit bestimmten Auflagen in Kraft zu setzen. Lass uns diesen Schicksalstag abwarten. Wir haben es immerhin versucht.

Zu Deinem wohlwollenden Hinweis, dass in den Medien überall der weiße Schnauzbart Deines Brieffreundes auftaucht, darf ich Dich auf eine für mich nicht unpeinliche Ausnahme aufmerksam machen: Die Parteizeitung der CSU, der Bayernkurier – es gibt ihn noch –, hat als einzige Zeitung in Deutschland über den Kläger und CSU-Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler nichts berichtet. Stattdessen großes Lamento über das Verfassungsgericht, weil es sich Zeit zur Prüfung des ESM-Vertrages nimmt. „Zwölf lange Wochen bleibt das Feld jetzt den Finanzmarkt-Gurus überlassen, die aus jeder auch noch so klei-

nen Regung einen Trend herauslesen“, klagt der Bayernkurier. Scheinheiliger kann man sich nicht ausdrücken – insbesondere wenn der eigene Herausgeber – Ministerpräsident Horst Seehofer – wenige Tage zuvor das Verfassungsgericht gegen Pressionsversuche der Politik in Schutz genommen hat. Mein Eingeständnis, dass ich mich über den Vorgang geärgert habe, ist eine Schwäche. Insbesondere, da der Bayernkurier ja nur noch ein Schatten seiner selbst ist. Aber der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er keine Lust mehr hat.

Gestern hat das Bundesverfassungsgericht ausführlich in Sachen zu wenig Geld für Flüchtlinge in Deutschland entschieden. Asylbewerber sollen jetzt mehr Bargeld erhalten. Hmmh. Ich glaube nicht, dass es auf der Welt viele Länder gibt, bei denen Flüchtlinge so gut versorgt werden wie bei uns. Mir geht die Polemik gegen Bayern und dass bei uns Essenspakete und nicht immer nur Cash an die Asylbewerber ausgegeben wird, ziemlich auf die Nerven. Man wirft uns vor, dass wir durch die bayerische Verordnung rechtlich „die Bereitschaft zur Rückkehr ins



Heimatland“ fördern wollen. Ja, das wollen wir.

Die Münchner Abendzeitung berichtete gestern über das Schicksal einer „39-jährigen, die vor drei Jahren aus dem Kosovo nach Deutschland kam“. Sie bekam in einem Wohnheim für ihre fünfköpfige Familie drei Zimmer, ihre Kinder besuchen den städtischen Kindergarten bzw. die Schule, allein für Fahrkarten (Bus, Tram und U-Bahn) erhält sie von der

Sozialbehörde 50 Euro. Sie beklagt sich, dass im Essenspaket (Inhalt: weißes Toastbrot, tiefgefrorene Hähnchenschinken, Hering in der Dose), „zu wenig frisches Obst und Gemüse“ ist. In Ordnung, darüber kann man reden, aber mich beschleicht ein unangenehmes Gefühl bei dieser Lektüre. Zumal in der gleichen Zeitung zu lesen ist, dass eine gehbehinderte Münchner Rentnerin mit 83 Jahren nicht in ein barriere-

freies Pflegeheim umziehen kann, weil sie die notwendige Pflegestufe nicht erhält. Du kennst meinen alten Spruch: Man kann nicht die ganze Welt umarmen und die eigenen Leute vergessen!

Das ist keine Propaganda der Selbstsucht. Ich finde, dass nicht anerkannten Asylbewerbern die Arbeitsaufnahme erleichtert, aber auch unbedingt zugemutet werden soll. Wenn im Asylbewerberheim morgens noch kurz vor 10 Uhr alle im Tiefschlaf sind, wie selbst die Zeitung zugibt, macht das auf die Einheimischen, die das alles bezahlen müssen und um 7 Uhr und früher zur Arbeit fahren, keinen wirklich guten Eindruck. Und auf den Fotos sind die afrikanische Jessica und ihr nettes Kind ziemlich gut gekleidet. Es ist falsch, die Leistungen unseres Staates an diese Flüchtlinge (sofern sie überhaupt „Flüchtlinge“ sind) zu bagatellisieren und dass die Betreffenden durch deutsche Flüchtlingsorganisationen auch noch in ihrer anmaßenden Haltung unterstützt werden.

In der Debatte um den Länderfinanzausgleich hast Du vorgeschlagen, „die Belastung Bayerns zu deckeln“ – in einem großen Bündnis der

Geber- und Nehmer-Länder. Was ist das anders, als was Seehofer in den letzten Jahren versucht hat? Wozu Woreit in allen Sprachen „nein“ gesagt hat. Klar: Der Mann kassiert 3 Milliarden Euro im Jahr von den Steuerzahlern anderer Länder, vor allem aus Bayern, und er will in seiner Stadt gegenüber jedermann die Spenderhosen anbehalten. Freigebig auf Kosten anderer.

Eine der „Ewigkeitsbestimmungen“ des Grundgesetzes lautet, dass unsere Bundesrepublik aus Ländern besteht. Aber ein Land, dessen Bürger am Ende nicht über die Verwendung seiner eigenen Steuereinnahmen bestimmen können, ist kein Land, sondern ein Protektorat. Dass Bayern sich jetzt endlich ein Herz nimmt und dagegen vorgeht, finde ich gut und nicht schlecht. Der Einwand, dies sei „publikunswirksam“, muss uns nicht treffen. Ich halte Publikunswirksamkeit für besser als Volksverachtung. Unsere Leute müssen immer zahlen – und immer für andere. Das geht so nicht mehr weiter.

Bin ziemlich schlecht drauf!

Servus mein Freund  
Dein Peter Gauweiler